

Frédéric Gros  
Ungehorsam  
Passagen  
Thema



Passagen Verlag

Um zu verstehen, warum wir uns auch angesichts größter Ungerechtigkeiten oft nur schwer zum Ungehorsam entschließen können, untersucht Frédéric Gros, wie Gehorsam auf individueller und kollektiver Ebene zustande kommt und legitimiert wird. Er macht deutlich, dass ziviler Ungehorsam zunächst einmal ein Sieg jedes Einzelnen über sich selbst ist: Um unseren Konformismus und unsere Trägheit zu überwinden, müssen wir uns unserer Verantwortung stellen. Philosophie und Denken sind grundsätzlich ungehorsam. Sie zwingen uns, unsere Gewissheiten, die gesellschaftlichen Konventionen und das scheinbar Selbstverständliche unentwegt zu hinterfragen und stets eine kritische Distanz zu bewahren – sogar zu uns selbst. Nur so können wir unserer Verantwortung als mündige Menschen und Bürger gerecht werden.

Frédéric Gros, Jahrgang 1965, ist Philosophieprofessor an der Hochschule Institut d'études politiques de Paris (Sciences Po). Er ist der Herausgeber der Werke Michel Foucaults, über den er bereits mehrere Bücher veröffentlicht hat.

UNGEHORSAM  
PASSAGEN THEMA



Frédéric Gros  
Ungehorsam

Aus dem Französischen von  
Astrid Bührlé-Gallet

Passagen Thema  
herausgegeben von  
Peter Engelmann

Passagen Verlag

Deutsche Erstausgabe  
Titel der Originalausgabe: *Désobéir*  
Aus dem Französischen von Astrid Bührlé-Gallet

Cet ouvrage a bénéficié du soutien des Programmes d'aide à la publication de l'Institut français.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
ISBN 978-3-7092-0500-6  
© Editions Albin Michel / Flammarion – Paris 2017  
© der dt. Ausgabe 2022 by Passagen Verlag Ges. m. b. H., Wien  
<http://www.passagen.at>  
Grafisches Konzept: Gregor Eichinger  
Satz: Passagen Verlag Ges. m. b. H., Wien  
Druck: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, 3580 Horn

# Inhalt

Vorwort zur deutschen Ausgabe	13
Katastrophenpolitik. Vorwort zur zweiten Auflage	15
Wir haben das Inakzeptable akzeptiert	21
1. Die Umkehrung der Monstrositäten	29
2. Von der Unterwerfung zur Rebellion	43
3. Übergehorsam	51
4. Von der Unterordnung zum Recht auf Widerstand	65
5. Die Tochter des Ödipus	75
6. Vom Konformismus zur Überschreitung	87
7. Das Jahr 1961	101
8. Von der Einwilligung zum zivilen Ungehorsam	119
9. Thoreaus Spaziergang	131
10. Politische Dissidenz	143
11. Die ethische Verpflichtung	151
12. Unbegrenzte Verantwortung	163
13. Denken, ungehorsam sein. Zum Abschluss: <i>Der Staat</i>	175
Die Menschlichkeit lässt uns Abstand von uns selbst nehmen	189
Anmerkungen	193





*Für Gérard Mordillat, in brüderlicher Verbundenheit.*



## Vorwort zur deutschen Ausgabe

Dieses neue Vorwort für die deutsche Ausgabe schreibe ich am 17. Mai 2022, wenige Monate nach dem Angriff der russischen Armee auf die Ukraine.

Am Morgen des 24. Februar ist Europa mit einem bitteren Geschmack im Mund aufgewacht. In den letzten Wochen wurden wir zum ersten Mal seit Langem wieder mit dem Anblick von zerbombten Gebäuden, brutal zerstörter Infrastruktur und aufgesprengten Straßen auf unserem Kontinent konfrontiert. Weinende Frauen, müde Männergesichter und verängstigte Kinderaugen – die Grauen des Krieges fühlen sich mit jedem Tag wieder etwas mehr nach Wirklichkeit an.

Und überall war Ende Februar dieser Satz zu hören: Diesmal ist *wirklich* Krieg.

Der Krieg, gegen den sich Europa seit über fünfzig Jahren ein für alle Mal gefeit glaubte, dieser von Europa offiziell geächtete Krieg, bei dem Staaten einen Konflikt mit Waffengewalt austragen, ist nun an den Grenzen Polens und Rumäniens wieder ausgebrochen – in einem Land, das bereits der Schauplatz der großen Tragödien des 20. Jahrhunderts gewesen war: der Ukraine. Natürlich herrschte schon in den 1990er Jahren Krieg auf dem Balkan, aber damals konnte man sich noch beruhigen, indem man ihn als einen Konflikt einordnete, der in erster Linie durch das Auseinanderbrechen des ehemaligen Jugoslawien ausgelöst worden war – also als eine tragische Neupositionierung von Völkern nach dem Zerbrechen einer künstlichen politischen Union.

Die Europäische Union befindet sich nicht im Krieg mit Russland, aber sie hat sich entschieden, die ukrainischen Kriegs-

strengungen zu unterstützen. Dieser Konflikt wird damit zu einem Teil ihrer Geschichte.

Doch was bedeutet eigentlich Ungehorsam in Kriegszeiten? Jeder Krieg führt unweigerlich zu einer Mobilisierung sowohl physischer als auch intellektueller Natur: Man ergreift Partei, es werden strukturierte, homogene Kollektive geschaffen, und Aussagen folgen meist binären Logiken. Und hier muss daran erinnert werden, dass das Militär – neben der Kirche – eine der beiden wichtigsten Institutionen war, in denen blinder, bedingungsloser und absoluter Gehorsam gelehrt wurde.

Ungehorsam in Kriegszeiten bedeutet, sich den Sinn für den Skandal zu bewahren. Es besteht tatsächlich die Gefahr, dass man sich an die Schreckensbilder aus der Ukraine gewöhnen könnte. Noch reagieren wir mit großer Bestürzung auf sie, aber durch ihre ständige Wiederholung drohen wir im Laufe der Zeit allmählich abzustumpfen. Wir dürfen es uns nicht erlauben, in Resignation und Überdross zu verfallen.

Ungehorsam in Kriegszeiten bedeutet auch, einen kritischen Geist zu bewahren: Wir dürfen urteilen nicht mit verdammen verwechseln und demonstrative Empörung nicht mit rationalen Überlegungen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Emotionen unseren Verstand völlig ausschalten, müssen manichäische Denkweisen ablehnen und den *Mut zur Nuance* erhalten.

Und schließlich bedeutet Ungehorsam in Kriegszeiten, ständig daran zu erinnern, dass der Frieden die einzige Evidenz ist. Diese philosophische und spirituelle Evidenz widerspricht jedoch der historischen Evidenz, der zufolge Kräfteverhältnisse „normal“ und bewaffnete Konflikte „unabwendbar“ sind. Die Geschichte erzählt uns von gescheiterten Revolutionen und der ewigen Wiederkehr des Kriegs. Darum muss die Philosophie sich ihr entgegenstellen und über sie hinausgehen, indem sie die nicht zeitgebundene, unbequeme Forderung nach Freiheit, Glück und Frieden für alle Völker vertritt.

# Katastrophenpolitik

## Vorwort zur zweiten Auflage

Das erste Vorwort zu *Ungehorsam* entstand im Mai 2017. Damals beklagte ich die allgemeine Passivität und Reaktionslosigkeit angesichts der großen Skandale in der Welt: die gigantischen sozialen Ungleichheiten, die schwindelerregende Zerstörung unseres Planeten, die Wertschöpfung durch Verschuldung, die vorprogrammierte Bedrängnis der kommenden Generationen und so weiter. Ich hätte auch noch die Tragödie der Migranten und vieles anderes erwähnen müssen, was den Zustand der Welt in diesen ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts zu einer Schande macht.

Das vergangene Jahr hat diesen desillusionierten Befund eines apathischen, geradezu gleichgültigen Immobilismus drastisch widerlegt. In seinem Verlauf entstand eine Protestbewegung von bedeutendem Ausmaß, die auch von Dauer war: Die Bewegung der *Gilets jaunes* (*Gelbwesten*) entwickelte einen eigenen Rhythmus und Formen der Ritualisierung, eine Kultur, durch die sie durchhalten konnte. Sie erhielt zuweilen Unterstützung von anderen Bewegungen des zivilen Ungehorsams, die sich mit der Klimaproblematik oder der Situation der Migranten und illegalen Einwanderer befassen. Von Anfang an zeigte sich in ihrer sozio-geografischen Zusammenstellung, ihren Forderungen und Handlungsmodalitäten (Besetzung von Kreisverkehren, Kundgebungen an jedem Samstag in den großen Städten und so weiter) eine beeindruckende Heterogenität. Und doch war eine grundsätzliche Gemeinsamkeit zu erkennen, allerdings auf einer negativen Grundlage: Man könnte sie als „Antipolitizismus“ bezeichnen. Ich benutze diesen scheußlichen Begriff, um den der „apolitischen“ Haltung zu vermeiden, den man regelmäßig auf die Demonstran-

ten vom Winter 2018 anwendet, als wären ihre Forderungen nur wirtschaftlicher Natur gewesen (die Ablehnung neuer Steuern) und als hätten sie jegliche politische Perspektive von vorneherein über Bord geworfen. Dabei forderten sie bei ihrer Ablehnung der traditionellen Parteipolitik doch zugleich eine demokratische Neubegründung. Die Frage: „Wie wollen wir regiert werden?“ – ich greife hier eine Formulierung von Michel Foucault auf<sup>1</sup> – war von zentraler Bedeutung. So forderten sie zum Beispiel ein Bürgerbegehren und lehnten überhaupt die Funktionsweise der heutigen Welt (die wirtschaftlichen Mechanismen zur Produktion, Verteilung und Weitergabe des Reichtums und die politischen Verfahren zur Fassung staatlicher Beschlüsse) in aller Deutlichkeit ab.

Dreißig Wochen lang haben diese massiven Proteste die Regierung in Unruhe versetzt, die Nachrichtensender unentwegt beschäftigt und die Analysten aus der Fassung gebracht: Sie waren mit ihrem Latein am Ende und versagten mit ihren Prognosen.

Vor allem aber lösten die Proteste eine überaus heftige Polizeireaktion aus. Deren Brutalität wurde stets mit der Intensität der Gewalt gerechtfertigt, auf die sie traf – und die sie gleichzeitig selbst verursachte. Man kann nicht leugnen, dass es die Polizeikräfte mit einer enormen Herausforderung zu tun hatten und dass es in den Demonstrationen gewalttätige Fanatiker gab. Dennoch bleibt festzustellen, dass die Exekutive zuweilen bewusst eine unverhältnismäßige Brutalität zugelassen hat (insbesondere den umfangreichen Einsatz von Gummigeschoss- und Stingball-Gummigeschossen) und diese zugleich systematisch, terminologisch und faktisch leugnete (die Begriffe „Polizeigewalt“ und „Repression“ wurden regelmäßig mit Nachdruck zurückgewiesen). Dafür wird sie sich auf lange Sicht verantworten müssen, denn diese taktischen Entscheidungen haben Präzedenzfälle geschaffen, die das schwere Fehlverhalten der Ordnungskräfte zu banalisieren und eine Kultur der Straflosigkeit zu fördern drohen.

Diese Bewegung wurde auch von den Eliten in den Medien weitgehend einhellig ideologisch diskreditiert. Schnell warf man ihr vor, sie bestärke politische Extremismen (von einem „faschistischen Beigeschmack“, einer „rot-braunen Allianz“ und von „National-Populismus“ war da die Rede), sei im Grunde kaum

repräsentativ und verursache eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe (durch die wahnsinnigen Kosten der verursachten Schäden und die rasend schnelle Verarmung der um ihren samstäglichem Umsatz gebrachten Einzelhändler und so weiter) – als sei nicht gerade das bereits bestehende Desaster die *Ursache* dieser Aufstände gewesen. Es wurde behauptet, die Bewegung treibe Frankreich in den wirtschaftlichen, moralischen, politischen und zivilisatorischen Ruin. Diese Diskreditierung kam aus einem Lager (Intellektuelle, Wirtschaftswissenschaftler, Politikwissenschaftler, Journalisten und Kolumnisten), das die bei diesen Demonstrationen regelmäßig auftretende Gewalt einmütig und entsetzt verurteilte. Die Anklagen glichen einander so sehr, dass man sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, sie stammten von einer in Bedrängnis geratenen Kaste. Insbesondere übergingen sie von Vorneherein die Frage nach einer nicht instrumentalen Gewalt, auf die das Kriterium von Legitimität oder Illegitimität gar nicht angewendet werden kann. Diese Gewalt könnte man einfach bedauern, ohne sie dabei zu verurteilen – *nicht weil man sie gutheißt, sondern weil ihre Verurteilung gar keinen Sinn ergibt*. Leider ist es für die zeitgenössische Denkweise, die auf Anprangern beruht und der die Kritik völlig fremd ist, überhaupt nicht vorstellbar, dass man die Verurteilung aussetzen könnte, ohne etwas unbegrenzt gutzuheißen (so gibt man permanent vor zu glauben, dass Verstehen und Entschuldigen dasselbe seien).

Am bemerkenswertesten ist hierbei, dass die durch diese Repression und Diskreditierung doppelt beeinträchtigte Bewegung so lange durchgehalten und gezeigt hat, dass in der Gesellschaft authentischer unterschwelliger Zorn existiert.

Man fragt sich: Und nun? Was hat dieser Aufstand genützt, was kam dabei heraus? Die im Dezember 2018 und im April 2019 verkündeten dürftigen Maßnahmen standen natürlich in keinem Verhältnis zu diesem gesellschaftlichen Erdbeben. Handelt es sich um eine im Keim erstickte Bewegung, die keine Zukunft hat, weil sie über keine solide politische Repräsentation verfügt? War es eine oberflächliche soziale Reizung, die nun verflogen ist? Oder ein offensichtliches, vernichtendes Scheitern der Zusammenführung der Kämpfe (gegen Ungleichheiten, für das Klima und Migration)?

In *Der Streit der Fakultäten*<sup>2</sup> (1798) stellt Immanuel Kant, der dabei das Beispiel Frankreichs im Blick hat (die Erstürmung der Bastille, die Schreckensherrschaft und Napoleon Bonaparte), die These auf, dass eine Revolution im Grunde immer erfolgreich sei. Dieser Erfolg zeigt sich nicht darin, inwieweit sie Abhilfe gegen das Leid schafft, das zu dieser Revolution geführt hat, sondern im kollektiven „Enthusiasmus“, den sie für einen Augenblick hervorbringt. Dieser entsteht, wenn ein Volk voller Leidenschaft, Ergriffenheit und Wut das Vermögen, über sein Schicksal zu entscheiden, und seine wesentliche Befähigung zu einem Leben in Freiheit und Würde wiederentdeckt. Dieses Vermögen und diese Befähigung werden von der Geschichte unaufhörlich negiert, doch durch das von den Widerstandsbewegungen verursachte kurze Innehalten kommen sie als unverfälschte Jugend der Menschheit wieder zum Vorschein.

Natürlich sind mit den *Gilets jaunes* neue Protestdynamiken aufgekommen, die sich im Wesentlichen auf die sozialen Netzwerke stützen – was sie manipulierbar und zutiefst unkontrollierbar macht. Jedenfalls beruhen sie auf horizontalen Dynamiken, die jede dauerhafte oder einheitliche Repräsentation ablehnen und sich dem Einfluss von Interessenvertretern entziehen.

Doch im Gegenzug sind auch beispiellose, ungewöhnliche und schockierende Formen der Gouvernamentalität aufgekommen. Ich verwende hier Michel Foucaults<sup>3</sup> Begriff der „Gouvernamentalität“, weil die klassischen Begriffe der politischen Philosophie (Rechtsstaat, Republik, Demokratie, Liberalismus, autoritäres Regime, Totalitarismus ...) sich heute nicht mehr als Interpretationsschema eignen. Um die Neuheit der zeitgenössischen Politik zu verdeutlichen, genügt es auch nicht, sie mit Adjektiven zurechtzubiegen – indem man zum Beispiel von „autoritärer Demokratie“, „repressiver Republik“ oder „permanentem Ausnahmezustand“ spricht. Und man sieht auch nicht klarer, wenn man zur Kategorie des „Populismus“ greift, die vor allem ein Werturteil zum Ausdruck bringt.

In den großen „entwickelten“ Industrieländern erleben wir das Aufkommen einer Katastrophengouvernamentalität, und aus dieser Perspektive muss man den aktuellen politischen Umgang mit



Ungehorsam verstehen. Was bedeutet nun Regieren „im Katastrophenmodus“? Der Begriff „Katastrophe“ umfasst drei Dimensionen.

Die Katastrophe ist zunächst einmal ein Schreckgespenst, mit dem man droht: Jedem beständigen Protest wird sofort vorgeworfen, er führe zu gesellschaftlichem Chaos und zum Bürgerkrieg. Man sorgt für eine übertriebene Darstellung der Gewalt in den Medien, bis spürbar wird, dass die logische Folgerung aus dem Ungehorsam nur der Zusammenbruch sein kann.

Natürlich ist die Angst ein ganz klassischer Hebel; das Neue ist nun, dass dieser sich auf eine zweite Bedeutung der Katastrophe stützt, die dabei als unabwendbare Zukunftsperspektive betrachtet wird. Die unausweichliche Finanzkatastrophe und das irreversible Klimadesaster: Die unvermeidliche Katastrophe wird *verneint*, also gleichzeitig erkannt, gelehnt und verdrängt. Diese unabweisbare Dimension der Katastrophe treibt die politischen Führer zu einem Regieren, das von einer komplexen Mischung aus öffentlichem Abwiegen und versteckter Panik, Notstand und Gleichgültigkeit bestimmt ist. Dabei versteifen sie sich vor allem auf ein Handeln auf „sehr kurze Sicht“, das ihnen als Zuflucht dient.

Die dritte Bedeutung der Katastrophe hat Walter Benjamin in seinem *Passagen-Werk*<sup>4</sup> dargelegt: Die Katastrophe bestehe darin, so schrieb er, dass alles immer wieder von vorne beginnt und weitergeht wie zuvor. Hinter den renovierten Fassaden und den leidenschaftlichen Versicherungen, man werde dieses Mal aus den Tragödien und Irrtümern der Vergangenheit lernen, verbirgt sich der Trott der Geschichte, in den die Menschheit durch das erdrückende Gewicht von Habgier und Dummheit immer wieder zurückfällt.

Die Verknüpfung dieser drei Dimensionen der Katastrophe (Schreckgespenst, Verneinung und Wiederholung) strukturiert die zeitgenössische Gouvernamentalität.

Die aktuellen Widerstandsbewegungen setzen dieser eine vierte symbolische Matrix entgegen: die Katastrophe als Rückkehr eines Ursprungs; die Wiederholung dessen, was niemals existiert hat (also die zeitweilige *Unterbrechung* dieser ewigen, schrecklichen Zeit, die den *Basso continuo der Geschichte* bildet, nämlich die

schamlose Ausbeutung der Schwächsten); und der politische Vertrag im Sinne gemeinsamer Rechte und als Kultur der Solidaritäten, als Organisation des Zusammenlebens und harmonische Kohäsion der Unterschiede – Platon sprach im *Politikos*<sup>5</sup> von einem herrlichen Gewebe.

Für die Regierungen ist an den kollektiven Formen des Widerstands am gefährlichsten, dass sie nicht nur ungeordnet, exzessiv und notwendigerweise disparat sind, sondern für einen kurzen Augenblick diese Bedeutung des Politischen wirklich erlebbar machen: als gemeinsames Abenteuer und kollektives Neudefinieren des Gemeinwohls.

Und so schrieb Kant über die Revolution: Das „vergißt sich nicht mehr“.

29. Juli 2019